



Wissenschaft zwischen „Zeitenwende“ und Zivilklausel

„Der Militarismus ist aber nicht nur die Armee in ihren verschiedenen Gestalten. Er greift auch weit aus in die bürgerliche Welt, unser ganzes öffentliches Leben umklammernd und bis in seine feinsten Fasern durchdringend.

Er ist ein ungeheuer raffinierter Apparat zu dem Zwecke, sich den natürlichen Entwicklungsgesetzen entgegenstellend die menschliche Gesellschaft autokratisch und souverän im Interesse des Kapitalismus und überhaupt der herrschenden Gewalten nach seinem Bilde, nach seinem Willen einzurichten.“

(Karl Liebknecht, Bericht über die Rede auf der Ersten Internationalen Konferenz der Sozialistischen Jugendorganisation in Stuttgart, 26. August 1907: in W. I. Lenin, Karl Liebknecht, Militarismus — Antimilitarismus, Verlag Marxistische Blätter.)

Mit der am 27. Februar 2022 in seiner Regierungserklärung ausgerufenen Zeitenwende kündigte Bundeskanzler Olaf Scholz zahlreiche Maßnahmen zur umfassenden Aufrüstung an. Mit dem im Juni desselben Jahres beschlossenen 100 Mrd.€-Kriegskredit, wurde ein weiterer Schritt der Militarisierung der Bundesrepublik Deutschland vollzogen. Sie geht einher mit einer zunehmenden Polarisierung zwischen „Oben“ und „Unten“ (den Klassen), was die Universitäten und Hochschulen nicht nur als Teil der Technologie-Forschung interessant macht, sondern auch für die ideologische Komponente der Militarisierung. Der Paradigmenwechsel von der Kultur der „Zurückhaltung“ hin zur Kultur der Kriegsfähigkeit hat seinen Ursprung schon weit vor dem 27. Februar 2022.

Der Militarismus hat in Deutschland Tradition und erreichte seinen Höhepunkt im Vernichtungskrieg der Wehrmacht. Das vorläufige Ende des deutschen Militarismus war der Sieg der Alliierten über den deutschen Faschismus. Auf der Potsdamer Konferenz 1945

Diskussionsveranstaltung Wissenschaft zwischen „Zeitenwende“ und Zivilklausel

Mit Christoph Marischka

Informationsstelle Militarisierung Tübingen (IMI)

und Gunnar Jeremias

Carl-Friedrich von Weizsäcker-Zentrum
für Naturwissenschaft und Friedensforschung (ZNF)

Montag, 6. November 2023, 18:00 Uhr
Geomatikum, Hörsaal 2 (H2)

Bundesstraße 55

- weiter auf der Rückseite -

wurde die komplette De-Militarisierung Deutschlands beschlossen, dementsprechend waren auch bei der Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Grundgesetz keine Streitkräfte vorgesehen.

Dennoch wurde die Wiederbewaffnung spätestens ab 1950 zentral von der Adenauer-Regierung vorangetrieben unter Duldung und Förderung der Westalliierten. Am 9. Mai 1955 trat Deutschland der NATO bei. Innerhalb von 10 Jahren war der Schritt hin zum Aufbau einer Interventionsarmee vollzogen. Bei jedem Schritt regte sich Widerstand, insbesondere der Friedensbewegung. Die „Deutsche Einheit“ 1990 bestärkte neue Weltmachtansprüche und 2014 wurde mit dem „Münchener Konsens“ der Umbau hin zu einer militärischen Großmachtspolitik mit Führungsanspruch eingeläutet.

Dennoch sind als Konsequenz aus dem deutschen Faschismus bis heute die „zivile Wissenschaft“ und die „militärische Forschung“ stärker voneinander getrennt. Anders als in den USA wirkte der zweite Weltkrieg in der Bundesrepublik Deutschland nicht als Katalysator für eine enge Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Industrie und Militär. Fortgesetzt ist die Ablehnung fürs Militär zu forschen in hiesigen zivilen Einrichtungen hoch. Um der Rüstungsindustrie und dem Militär den Zugang zu den Universitäten zu erleichtern, soll derzeit die Forschungsförderung auf Dual-Use (sowohl militärisch als auch zivil, bzw. im zivilen Deckmantel fürs Militär) umgestellt werden, im Einklang mit dem neoliberalen Umbau der Universitätslandschaft (Bologna-Reform, Unterfinanzierung, Exzellenz-Initiative) der vorigen Jahre. Insbesondere für den neuen Organisationsbereich der Bundeswehr „Cyber- und Informationsraum“, der neben den bisherigen Teilstreitkräften Heer, Marine, und Luftwaffe im Jahre 2017 geschaffen wurde.

Für die Verwirklichung der Friedensfinalität im



Grundgesetz wurden, größtenteils in den letzten 15 Jahren, an 70 Hochschulen und Universitäten sogenannte Zivilklauseln eingerichtet, Selbstverpflichtungen für Forschung, Lehre und Bildung, ausschließlich friedliche und zivile Zwecke zu verfolgen.

„Die MIN-Fakultät will allein zu friedlichen Zielen beitragen und nur zivile Zwecke erfüllen. Ihre Mitglieder richten deswegen Forschung und Entwicklung, Studium und Lehre auf zivile Fragestellungen und Anwendungen aus.“ (aus der Präambel der Satzung der Fakultät für Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften der Universität Hamburg, beschlossen 2017).

Wir wollen mit **Christoph Marischka** (IMI) am Themenfeld der Drohnenforschung den Konflikt um die Militarisierung von Wissenschaft und Gesellschaft in Gestalt der Dual-Use-Problematik erörtern und wie diese Dual-Use-Technologien unmittelbar Anwendung im Krieg finden. Und welchen Zusammenhang gibt es zwischen den Aufrüstungsaktivitäten mit den verstärkten Angriffen auf die Zivilklauseln?

Mit **Dr. Gunnar Jeremias** (ZNF) wollen wir die Potenzialität von Zivilklauseln und die der möglichen und der notwendigen Aufklärung über Dual-Use-Forschung diskutieren.

kritische-min-studierende.de

kritischMIN@yahoo.com

Wir treffen uns immer Mittwochs ab 17 Uhr, Raum 0080, Von-melle-Park 5 („WiWi-Bunker“)